

ff werden kön-
daß, trotz de-
Aufgabenabba-
nicht getragen
uch die Staats-
Reich, Ländern
gen solidarischen

Bäum.

wirtschaftlichen
r befriedigend
umtägigzahl des
so gut besucht
gerst billige und
und freundliche
elbar am Orte;
man ins Wasser,
den erforderliche
alkräftiges Bat-
ist wegen der
Kombination
lich.

n.
m Gruppenjaal

ilfe 3 1/2 Uhr im
L. v. B.

Klein Nazareth.

hel.

Stellung in der
Anstaltshaus.

Weltpolitik:
lle in Bethel.

chriftl. Hospiz, Stern
auf 1242, 9 Min. vom
ge Bage, 10 Zimmer
- 3 Mt.

n (Waldeck) Er-
berufstätige Damen.
ing. Schöne Zimmer
- 3 Mt. Tagespreis
12.

Hotestabhaus Hotel
am Rhein. Pension:
r an.

ausen. Ganzjährig
pelt frei d. d. Besser
h. Pausen, Amraum:

gshaus Dineitdel
inbhofstraße. Erst im
der und andere, zell-
ie, Inhalatorium zur
und für Luft-
Wentgen, Röntgen-
begegnungen. Preis ein-
Beratung 5.50 Mt.
achtet in landwirtschaftl.
d. Badegast Mal bis

in ruhiger, staubfreier
bar an Tannen- und
den grenzend. Bade-
nächster Nähe, Viege-
gefühle. Gute Ver-
kleitete. Heller Pen-
del. Großbett frei.
Gehhof d. Talle i. 2

heim. Erholungsheim
d. Christliches Haus
es freier Lage, 3 Min.
alb, mit herrl. Rhein-
tes der schönen am
de, Terrasse und Ruhe-
neuhäuser, altes, vor-
5- und 7-Zimmer-
istliche, reine Ein-
itte, herrl. Ausläge
de Umgebung. Möbli-
erte Prospekt frei.

ichwings-Haus.
Havel, Kirchhofstr. 11.
es schattig. Zimmer
mit feinem, kaltem
Wasser. Mittag- und
Centralfrühung. Bad-
" liegt hier auf.

Gernrode a. Harz.
heim, mitten im Harz
Buchenwald zwischen
stetel an autofreien
mit herrl. Liegebetten.
Kennisplatz, bequeme
terre, gesunder, ruhiger
i. besserer Bergflora
stellen. Keine Kurort.

Erststabshaus Sternort
r. links vom Bahnhof.

Christl. Erholungs-
Lage, best. eingerichtet,
modert. Jede gew. Zeit

Christliches Hospiz,
Place Russell Square,
C. I. Neu eröffnet.
s Haus im Herzen
ent. Von allen Bah-
o in 15-20 Min. von
Nahen Zimmer-
es und kaltes Wasser
der Gasheizung. Ein-
Bad von 6-8 Mt. an
Hüde 1.5. Gute Küche,
Beratung. Zentral-
Anmeldungen erbeten
iter.

und Erholungsheim
Sevolystr. 5, für Durch-
rgehler. Mit Strohm-
Wirt. Bett von 2 Mt.
Mit. an. Garten beim
mit Straßenbahn er-
u. Zentralheizung

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 16mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.50 Beleghe, beim eigenen Postamt bestellt. — Für
Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelnummer 10 Bfg. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig,
Reklame 50 Bfg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Mt.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 5 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 199.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 27. August 1931.

13. Jahrgang.

Leicht ehrest du der Himmlischen Allmächtigkeit,
Wo du auf Erden walten siehst Gerechtigkeit.
Doch eins ist schwer und eins ist not: auf Gott vertrauen,
Auch wo zu siegen scheint der Menschen Schlechtigkeit.
Rückert.

Umschau.

— Frankreichs Vormarsch. — Das Baseler Ergebnis. —
Ungarns Weg. — Paris-Moskau. — Rücktritt der eng-
lischen Arbeiterregierung. — Bildung einer
„Nationalregierung.“

Paris entfaltet in den letzten Wochen eine außenpoli-
tische Aktivität, die einfach erstaunlich ist. Die Franzosen
wissen genau, daß in wirtschaftlicher Beziehung
die Zeit gegen sie arbeitet. Man merkt sehr wohl, daß
allenthalben in der Welt die große internationale Welt-
wirtschaftskrise immer deutlicher als eine unmittelbare
Folge der unhaltbaren Tribute und Friedensdikate er-
kannt wird. Und so sucht Frankreich mit fieberhaftem
Eifer die Entwicklung der Dinge politisch zu seinen
Gunsten zu entscheiden, bevor die wirtschaftliche Ver-
nunft an den internationalen Verhandlungstischen prak-
tischere Gestalt anzunehmen beginnt. Daß der französi-
schen Politik hierbei in dem aufgehäuften Tributgold ein
unerschöpfbarer Helfer entstanden ist, wird heute mit Ent-
setzen auch von jenen Staaten erkannt, die Frankreich
zu seiner gegenwärtigen Machtstellung verholfen haben.

Auch die Baseler Finanzverhandlungen haben einen
unbestreitbaren Erfolg Frankreichs ergeben. Man hatte
sich im Anschluß an die Londoner Konferenz in Basel die
Aufgabe gestellt, den Kreditbedarf Deutschlands zu prü-
fen und die Umwandlung der kurzfristigen Kredite in
langfristige vorzubereiten. Das einzige, was bei all den
langwierigen Beratungen herauskam, ist der Beschluß,
uns den Rest der kurzfristigen Kredite noch für weitere
sechs Monate zu belassen — und auch das nicht ohne
weitgehende Zugeständnisse Deutschlands hinsichtlich der
ausländischen Marktguthaben. Das praktische Ergebnis
ist also wirklich nicht erhebelnd. Was der Baseler Bericht
im übrigen über die Lage Deutschlands sagt, ist teilweise
ganz schön, aber im ganzen sehr wenig logisch. Auch in
Basel hat man einsehen müssen, daß die Tribute letzten
Endes nur mit einer entsprechenden Steigerung der deut-
schen Ausfuhr bezahlt werden können. Dennoch kommt
der Baseler Sachverständigenbericht zu der These, daß
„eine Steigerung der deutschen Ausfuhr in dem entspre-
chenden Ausmaß nur auf Kosten anderer Länder gesche-
hen könne, wodurch die Weltdepression verschärft und die
anderen Länder zu Gegenmaßnahmen gezwungen wer-
den würden!“ Aus dieser Sachlage weiß man sich keinen
besseren Rat, als die Regierungen aufzufordern, ihrer-
seits „zu handeln“, womit die ganze Angelegenheit —
ganz im Sinne Frankreichs — wieder auf das politische
Geleise geschoben ist. Die Mahnung des Layton-Berich-
tes, „in der Erregung der notwendigen Maßnahmen
keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu
schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durch-
zuführen, um Deutschland und dadurch der Welt die so
dringend benötigte Hilfe zu bringen!“, spielt ganz un-
zweideutig auf das deutsch-französische Verhältnis an.
Und wenn dann ferner die Neuregelung der Beziehun-
gen „zwischen Deutschland und anderen europäischen
Mächten auf der Grundlage freundschaftlichen Zusam-
menarbeitens und gegenseitigen Vertrauens“ verlangt
wird, dann ist zu sagen, daß Deutschland schon seit zwölf
langen, harten Jahren geradezu unmenschliche Op-
fer gebracht und schwerste Demütigungen auf
sich genommen hat, um den Beweis seines
guten Willens vor aller Welt zu erbringen.
Es war vergeblich. Frankreich hat alles getan, um
trotz alledem ein „freundschaftliches Zusammenarbeiten
und gegenseitiges Vertrauen“ im Reime zu ersticken. Et-
was anderes lag auch gar nicht im Sinn der französischen
Politik. Frankreich will sich gar nicht verständigen, son-
dern es will herrschen. Es will kein Vertrauen, sondern
Unterwerfung.

Während es Frankreich in Basel gelungen ist, eine
sofortige Hilfe für Deutschland zu durchkreuzen und in
dieser Beziehung alles in der Schwebe zu halten, ist es
mit nicht weniger Erfolg daran gegangen, seine politische
Stellung in Ost- und Südosteuropa ganz erheblich zu ver-
stärken. Kaum hatten wir in unserer letzten „Umschau“
die Vermutung eines ungarischen Kurswechsels
ausgesprochen, als auch schon der Rücktritt des ungaris-
chen Ministerpräsidenten Graf Bethlen gemeldet wurde,
der den Franzosen wegen seiner italienfreundlichen Poli-
tik schon immer ein Dorn im Auge gewesen ist. Graf

Bethlen hat zwar erklärt, daß mit seinem Rücktritt eine
Schwenkung in der ungarischen Außenpolitik nicht ver-
bunden sei; aber die internationale Anleihe für Ungarn,
an der Frankreich mit erdrückendem Uebergewicht be-
teiligt ist, sowie die so plötzlich einsetzenden ungarisch-
französischen Handelsvertragsverhandlungen reden doch
eine zu deutliche Sprache, als daß nicht die ernstesten Be-
denken am Plage wären. Hinzu kommt, daß gleichzei-
tig und an demselben Ort — nämlich in Villafranca —
auch Verhandlungen zwischen den Ungarn und den
Tschechoslowaken stattfinden und in „freundschaftlichem
Sinne fortgesetzt werden“. Auch wenn vielleicht im
Augenblick eine völlige Schwenkung Ungarns von Ita-
lien in das französische Fahrwasser noch nicht vollzogen
sein mag, so ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage
Ungarns immerhin derart kritisch, daß die freizügigen
Ungarn ihre letzten nationalen Energien einsetzen
müssen, wenn sie den „goldenen Kugeln“ Frankreichs
mit Erfolg Widerstand leisten wollen. Vor uns liegt eine
Wendung aus Budapest mit folgendem Wortlaut:

„Unter dem äußersten Druck der Situation mußte der
Kredit in Paris abgeschlossen werden. Und trotz der viel-
fachen offiziellen Beteuerungen, daß mit seinem Abschluß
politische Bindungen nicht verknüpft seien, verlautet doch
aus sehr guter Quelle, daß Frankreich als Bedingung für
die Teilnahme an dem Kredit eine Neugestaltung des
außenpolitischen Kurses Ungarns gefordert hat.“

Und wenn demgegenüber der „Pester Lloyd“ schreibt,
daß „die Stabilität der ungarischen Außenpolitik mit
voller Sicherheit gewährleistet sei“, dann kann man nur
sagen: — „hoffentlich!“ ... Es wäre schmerzhaft, eins der
freiheitliebendsten Völker der Erde unter dem Druck rein
wirtschaftlicher Sorgen den Weg in das französische Va-
sallenlager gehen sehen zu müssen, nachdem es nicht nur
im Weltkrieg mit bewundernswerter Tapferkeit an der
Seite Deutschlands und Österreichs gekämpft hat, son-
dern nachdem es auch in der Nachkriegszeit
mit dem gleichen Mut und der gleichen Ritt-
lichkeit immer wieder für Recht und Gerech-
tigkeit eingetreten ist. Es wäre jammerschade,
wenn gerade auch im Hinblick auf die nächstjährige Ab-
rüstungskonferenz die Reihe der ehrlichen Rüstungsge-
ner um einen so wackeren Kameraden wie Ungarn ge-
lichtet würde.

Wie skrupellos Frankreich in der Wahl seiner Mittel
ist, zeigen besonders deutlich auch seine Paktverhandlun-
gen mit Sowjetrußland. Frankreich, das sich noch gestern
nicht genug tun konnte in der Begeisterung des „sluch-
würdigen bolschewistischen Moskauer“, verhandelt heute
mit diesem selben Moskau über einen Nichtangriffspakt,
der für Frankreich ganz selbstverständlich eine gewaltige
politische Entlastung in Osteuropa bedeutet. Inwieweit
hierbei die neuerlichen finanziellen Schwierigkeiten bei
der Durchführung des Fünfjahresplans und im Zusam-
menhang hiermit französisches Gold eine Rolle spielen,
läßt sich im Augenblick noch nicht klar erkennen. Fest
steht jedenfalls, daß Rußlands Interesse an Deutschland
merklich abgenommen hat, seit die wirtschafts- und
finanzpolitische Katastrophe über uns hereingebrochen ist,
und daß es demgegenüber die wachsende Macht Frank-
reichs in Südost- und Mitteleuropa — zumal auch Eng-
land gegenüber — sehr wohl einzuschätzen weiß. Wenn
man russischerseits auch dem deutschen Gesandten in
Moskau versichert hat, daß durch die schwebenden rus-
sisch-französischen Verhandlungen an den bestehenden
deutsch-russischen Beziehungen nicht das geringste geän-
dert würde, so würde es uns nicht im geringsten wun-
dern, wenn Frankreich unter der Hand die feierliche An-
erkennung der polnischen Grenzen durch Rußland durch-
drücken würde. In diesem Falle wäre selbstverständlich
jede Unterstützung der deutschen Revisionsbestrebungen
durch die Sowjetunion ein für allemal ausgeschlossen.
Gleichlaufende polnische Verhandlungen mit Moskau
über einen Nichtangriffspakt werden zwar in aller Form
dementiert, aber das ist eine Frage von sehr neben-
sächlicher Bedeutung. Denn Polen ist auch in diesem
Falle Frankreich. Und wenn Frankreich mit Rußland ins
Reine kommt, so wird es schon im eigenen Interesse da-
für sorgen, daß auch Polen auf seine Kosten kommt,
selbst für den Fall, daß es zum formellen Abschluß eines
polnisch-russischen Paktes nicht kommt.

Eine außerordentliche Erleichterung hat der machtpo-
litische Vormarsch Frankreichs in Europa durch die ver-
hängnisvolle Schwäche erfahren, in der sich gegenwärtig
England befindet. Wir sind die Letzten, die sich von et-
was deutschen freundlichen Regungen der Engländer
außenpolitische Wunder versprechen. Der Engländer ist
England und sonst nichts. Es sei nur erinnert an die
Zeit des Ruhrkampfes, wo sogar die Gewerkschaft der
englischen Grubenarbeiter gegen den Rückzug der Fran-

zosen aus dem Ruhrgebiet Einspruch erhob. Und zwar
deshalb, weil eine Wiederingangsführung des Ruhrberg-
baues den englischen Absatz an Kohle und somit natür-
lich auch die damals relativ hohen Bergarbeiterlöhne
nachträglich beeinflussen müsse. Aber inzwischen ist die
Entwicklung weiter gegangen, und heute liegen die
Dinge so, daß nicht nur der Lohn der Bergarbeiter, son-
dern die Wohlfahrt des ganzen Landes auf dem Spiele
steht. Und die Engländer wissen, daß ihr gegenwärtiger,
so überaus kritischer Notstand genau so gut eine Tribut-
krisis ist wie die deutsche Krise, der die englische auf dem
Fuße gefolgt ist. Die Ueberwindung der englischen Krise
macht derart scharfe Maßnahmen gerade auch in sozial-
politischer Hinsicht notwendig, daß die englische Arbeiter-
regierung daran gescheitert ist und einer Nationalregie-
rung Platz machen mußte, die sich auf die Mitarbeit aller
drei Parteien stützen will. Es steht natürlich kaum zu
erwarten, daß die englische Arbeiterpartei mit Rücksicht
auf die Forderungen der Gewerkschaften geschlossen hin-
ter der neuen Regierung stehen wird. Aber den neuen
Männern am englischen Staatsruder ist die Aufgabe ge-
stellt, weniger auf parlamentarische Sonderwünsche
Rücksicht zu nehmen, als vielmehr England als Ganzes
vor dem Zusammenbruch zu retten. Nichts wäre verkehr-
ter, als angesichts der heiklen Lage in England irgend-
welche Gefühle der Schadenfreude aufkommen zu lassen.
Denn der französische Imperialismus kann sich keinen
besseren Bundesgenossen wünschen als die Schwäche Eng-
lands. Immerhin wäre zu wünschen, daß auch jenseits
des Kanals immer mehr die Erkenntnis reifte, daß es
letzten Endes England selber gewesen ist, das den Fran-
zosen die Waffen in die Hände gespielt hat, die sich nun
so unheilvoll gegen das englische Volk auswirken.
Möchte Alexander Shaw — Direktor an der englischen
Rotenbank — nicht umsonst gesprochen haben, der dieser
Tage erklärt hat, „die Beseitigung der Wirtschaftskrise
erfordere eine weitgehende Beschränkung oder Aushe-
bung der Reparationen und Kriegsschulden. Diese Dinge
von internationalem Charakter seien ein Hindernis für
den Wiederaufbau Englands und der ganzen Welt. Je-
denfalls, wenn Handel und Konjunktur sich erholen wol-
ten, tauche die ewige Reparationsfrage wieder auf und
alles stürze aufs neue in sich zusammen. Im Grunde ge-
nommen sei die allgemeine Unruhe politischer und nicht
finanzieller Natur und infolgedessen entwickelten sich
Feindseligkeit und Furcht immer mehr, wodurch Europa
in ein waffenstarrendes Lager verwandelt würde.“

Wann endlich werden die englischen Staatsmänner
aus dieser Erkenntnis hervorragender Wirtschaftsführer
die notwendigen Konsequenzen ziehen? S.

Die italienische Presse über die Baseler Finanzkonferenz

In dem stark offiziellen „Popolo d'Italia“ finden wir
folgende Auslassungen über die Verhandlungen in Basel:
„Zeitungen wie Finanzkreise von Basel drücken ihre
lebhafteste Befriedigung aus über das erreichte Ziel. Was
den Bericht des Zehner-Ausschusses angeht, so behauptet
man, daß über die wirtschaftliche und finanzielle Lage
Deutschlands im besonderen und über die Lage Europas
im allgemeinen bisher kein so wichtiges und bedeutungs-
volles Dokument verfaßt sei wie dieses. Wenn dem so
ist, so können wir Italiener uns darüber nur freuen. Um
so mehr, als man beim Durchblättern des umfangreichen
Berichtes auf Schritt und Tritt nicht nur leise Spuren
sondern geradezu die wichtigsten Gesichtspunkte und
Richtlinien wiederfindet, die von der italienischen Re-
gierung und insbesondere ihrem Oberhaupt seit Jahr und
Tag zu wiederholten Malen aufgezeigt wurden, begin-
nend schon bei der Londoner Konferenz von 1922. Das
ist besonders dem Prof. Beneduce zu danken, der Ita-
lien in diesem Ausschusse zu vertreten hatte unter wirk-
lich nicht leichtsten Bedingungen. Er hat es dahin gebracht,
daß in weitem Maße den Gesichtspunkten unseres Lan-
des Rechnung getragen wurde, die übrigens mit den In-
teressen der anderen Länder durchaus zusammenfielen.“

Zum Beweis unserer Auffassung wollen wir gleich
hinweisen auf einen Abschnitt des Berichtes, in dem der
Ausschuß auf die zwingende Notwendigkeit anspielt, den
gesamten Komplex des Reparationsproblems in Verbin-
dung mit den Problemen der Schulden zu revidieren.
Der größeren Klarheit halber möchten wir gleich darauf
hinweisen, daß alles, was Reparationen und Schulden
angeht, für den Ausschuß verbotenes Gebiet war. Nach
Wunsch der Londoner Konferenz hatte er sich nur zu be-
schäftigen mit der Verlängerung der kurzfristigen Kre-
dite und anderen Fragen sekundärer Bedeutung. Und in

der Tat: So oft der Verhandlungsgang dazu verführte, diese Grenze zu überschreiten, mahnten die französischen und belgischen Vertreter prompt die anderen Ausschussmitglieder, sich strikt an ihre Kompetenz zu halten.

Weiter richtet der Bericht an alle beteiligten Regierungen den dringenden Appell, schleunigst Maßnahmen zu ergreifen, durch die man eine Finanzoperation ins Werk setzen könne nicht nur für Deutschland, sondern damit auch für die ganze Welt, die eine solche Hilfe so bitter nötig habe. Immer noch bleibt der Bericht auf dem „verbotenen Wege“, wenn er auf die dringend nötige Prüfung der Lasten Deutschlands anspielt und so fortfährt:

Solange die gegenwärtigen oder eventuell weiter hinzutretenden Gläubiger Deutschlands die wahrscheinliche Zukunftsentwicklung nicht zu überschauen vermögen, bedeutet dies ein schweres Hindernis nicht nur für eine ernsthaftere Ausdehnung kurzfristiger Kredite, sondern auch für deren Verlängerung und erst recht für die Vergabe langfristiger Anleihen. Wir sind überzeugt, daß die Vertreter der verschiedenen Länder die Aufrechterhaltung der dem Reich zugesicherten Kredite zu empfehlen, sich durchaus darüber Rechenschaft gaben, daß ihr Vorschlag keineswegs eine Lösung des Problems darstelle, sondern lediglich ein Mittel, Zeit zu gewinnen, während der man andere Maßnahmen zur Festigung der Finanzlage Deutschlands in die Wege leiten könne.

Aber die Zeit drängt — so fährt der Bericht mit einer gewissen Feierlichkeit fort. Der Wirtschaftskörper, dessen Lebenskraft schon stark vermindert ist, wird in einem seiner wichtigsten Glieder ernstlich bedroht. Es ist schon eine partielle Lähmung eingetreten, die nur geheilt werden kann durch Wiederherstellung des freien Geld- und Warenverkehrs. Wir behaupten, daß sich dies verwirklichen läßt, wofür nur die Regierungen der ganzen Welt sich der Verantwortung bewußt werden, der sie entgegengehen, und eiligt Maßnahmen ergreifen zur Wiederherstellung des gestörten Vertrauens. Dazu ist notwendig, daß die Regierungen, bevor noch die Periode der Kreditverlängerung, wie sie von der Londoner Konferenz empfohlen wird, ihr Ende erreicht, aller Welt die Gewissheit geben, daß die internationalen Beziehungen auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens wirklich erneuert werden, eine unerlässliche Vorbedingung für jeden Wiederaufstieg, und daß die Zahlungen, die man Deutschland auferlegt, nicht mehr derartig sein sollen, daß sie die Erhaltung wirtschaftlicher Stabilität verhindern.

An einer anderen Stelle des Berichtes ist klar zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland auf Grund seiner wirtschaftlichen Struktur einen ungeheuer wichtigen Faktor im politischen Leben der Welt und insbesondere Europas bilde. Gerade aus diesem Grunde können die anderen Völker nur schwer aus der gegenwärtigen Depression, unter der sie alle leiden, herauskommen, solange nicht eine merkliche Besserung in der Lage Deutschlands eingetreten ist.

Klapp und klar bemüht sich der Bericht zu zeigen, daß Deutschlands Geschichte aufs engste mit denen der übrigen Welt verflochten sind und daß deshalb eine Macht, die etwa aus ehrgeizigen Herrschaftsgelüsten in ihrer negativen und feindseligen Haltung zum Reich beharrte, es früher oder später bitter werden bereuen müssen.

Schließlich bietet der Bericht noch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die Deutschland wird anwenden müssen, um wenigstens den Versuch zu machen, während der 6 Monate, die ihm als Atempause zugestanden sind, seine prekären Finanzverhältnisse ins Gleichgewicht zu bringen, wenigstens solange sich noch keine günstigen Aus-

sichten zeigen zur Ausgabe einer langfristigen internationalen Anleihe.

Soweit die italienische Presse. Wir meinen, daß wir uns dieser verständnisvollen Haltung Italiens wohl freuen dürfen, und hoffen, daß uns auch bei neuen Verhandlungen, insbesondere bei der bald kommenden großen Abrüstungskonferenz, dieser Bundesgenosse treu bleibe. Italien ist auch im „Aufwärts“ vor kurzem wieder stark angegriffen worden wegen seiner Bedrückungsmaßnahmen gegen Südtirol. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir dies als Deutsche sehr bitter empfinden, und wir denken nicht daran, dies vertuschen oder entschuldigen zu wollen, wenn auch — das darf mal gesagt sein — die Sache vielleicht etwas anders aussieht, sobald sie von der Gegenseite betrachtet wird. Diese betrüblichen Erfahrungen dürften uns aber doch nicht dazu führen, alles, was von Italien kommt, insbesondere seine uns zustimmende Haltung betr. Revision und Abrüstung, für falsch und heuchlerisch anzusehen und seine Bundesgenossenschaft hierin abzulehnen. w. b.

Höhere Schule und Jugendnot.

(Schluß.)

Aus dieser Betrachtung folgt, daß sich unsere Psychologie und die mit von ihr bestimmte praktische Haltung unserer Schüler gegenüber gründlich wandeln muß. Die Forderung der Stunde ist Charaktererziehung. Es muß Schluß gemacht werden mit der weithin üblichen Verhättselung der Individualität. Es bleibt unter den jetzigen Verhältnissen eine offene Frage, welche von den bekannten, von Spranger unterschiedenen Typen des jugendlichen Lebensgefühls noch ernstlich als einem wirklichen Befund entsprechend aufrechterhalten werden können, und ob sie sich nicht vielleicht infolge der Unordnung des objektiven Geistes zum Teil in ihren Gegensatz verkehren werden. Große Aussichten hat unstreitig der im Körpergefühl Aufgehende, auch vielleicht noch der Erwerbslustige, wenn er nur die erforderliche Rücksichtlosigkeit zum persönlichen Sichdurchsetzen besitzt. Was aus dem ästhetischen Schwärmer heute werden kann, wurde schon angedeutet. Und ob der Problematiker nicht vielleicht zum zerknirschtesten Kritiker der untergehenden bürgerlichen Welt und ob nicht der Tatendurstige zu ihrem Umstürzler werden könnte? Soviel wird jedenfalls gewiß sein, daß die Erziehung diese Typen nicht weiter fördern darf, weil sie eine sinnvolle Auswirkung im Arbeitsleben der Nation nur in den allergeringsten Fällen noch finden werden. Wir machen sonst durch unsere Bildungsveranstaltungen die jungen Leute nur noch unglücklicher und für den sie erwartenden Lebenskampf unbrauchbarer. Viel wesentlicher wird es für den Erzieher sein, wenn er angesichts des allen gemeinsamen Schicksals, angesichts der unsere Jugend erwartenden Fron in einem beruflich kaum gegliederten, von dauernder Unsicherheit bedrohten Leben, die Temperamente seiner Schüler sorgsam beobachtet. Denn wichtiger als die Pflege unterschiedener Begabungen, wie sie durch die bekannten Typen angedeutet werden, wird es sein, daß neben dem Nichternehmen auch noch der Schwungvolle, neben dem weisensmäßig heiter Gestimmten auch der Schwermütige für den Lebenskampf gerüstet wird. Gegenüber der wachsenden Schwierigkeit, überhaupt einen Arbeitsplatz zu erlangen, ist es verhältnismäßig einerlei, ob man Problematiker oder Liebesmensch ist. Wohl aber dürfte es notwendig sein, den Sanguinikern und Melancholikern unter unseren Schülern besondere Pflege zuzuwenden. Allenfalls vom Phlegmatiker kann man — we-

nigstens vorläufig noch — erwarten, daß er sich unter den heutigen Verhältnissen alleine durchfindet!

Mit Reaktion in irgendeiner Form sollte das, was uns als geboten erscheint, nicht verwechselt werden. Es geht um einen Aufruf zur Besinnung, zu welchem Ende all die ungeheuren Anstrengungen in unserem überschuldeten Deutschland gemacht werden. Die Antwort kann nicht heißen: abhauen. Sie muß vielmehr heißen: verinnerlichen! Verinnerlichen aus einem tiefen Gefühl heraus der Schicksalsverbundenheit mit unserem gequälten Volk, das zum großen Teile keine Arbeit, und mit unserer Jugend, die zum größten Teil keine berufliche Zukunft hat.

Ich komme zum Schluß. — Nur andeutungsweise konnte die Lage umrissen werden: bei der Jugend draußen vor den Toren, bei unseren Schülern innerhalb unserer Mauern, bei uns selbst als den mit ihnen im gleichen Volkschicksal verbundenen Erziehern. Noch skizzenhafter nur mögen leitschaftig einige Gedanken gewagt werden zu der sich uns aufdrängenden Frage: was bei alledem zu tun sein mag. Ich wage sie zu äußern, um die Aussprache in Fluß zu bringen. Sie mögen zum Teil in Widerspruch stehen zur öffentlichen Meinung, sie mögen zum anderen gerade in unserem Kreise kaum als etwas wesentlich Neues erscheinen.

1. Wir wollen gewiß alles tun, was in unseren Kräften steht, unser Schulwesen hinsichtlich wissenschaftlicher Durchdringung der Fachgebiete und besonnener Methode des Unterrichts auf der Höhe zu erhalten, die es erlangt hat. Aber angesichts der geringen Aussicht, daß auch nur ein Teil unserer Jugend einen ihrer Vorbildung, Eignung und Reigung entsprechenden Beruf erlangen wird, müssen wir uns jedem von außen kommenden Aufruf, die rein intellektuellen Forderungen zu übersteigern, energig widersetzen. Wir müssen in erster Linie den sittlichen Charakter unserer Schüler entwickeln. Wir müssen der Gefahr ins Auge sehen, daß die bittere Hoffnungslosigkeit in einen schrankenlosen Radikalismus umschlägt, der die letzten Bedingungen unseres Volkstums zerstört. Gegenüber einer sich auflösenden Kultur und einem verfallenden Volksleben muß die höhere Schule als die Bildungsstätte der verantwortlichen Kreise darauf bedacht sein, alle äußeren und inneren Widerstandskräfte zu stärken. Bei gleichwertiger Entwicklung aller körperlichen, geistigen und seelischen Fähigkeiten muß sie, mehr als bisher, den Sinn für die geschichtlich gewachsenen Gemeinschaftsformen schärfen und der Bewahrung im wirklichen Leben den Vorrang vor ideenmäßiger Abstraktion geben.

2. Wir müssen die Illusion aufgeben, daß unsere höheren Schulen Eliteschulen sein könnten. Auswahl ist sittlich nur dann gerechtfertigt, wenn ihr Ausmaß annähernd entspricht. Eingebettet in einen elementaren Vorgang, für den die höhere Schule keine vorzugsweise Verantwortung trägt, wird sie notwendigerweise für einen beträchtlichen Anteil unserer Volkjugend Normal Schule sein müssen. Da der Prozentsatz der für die Universität in Frage kommenden nach Eignung und Schicksal naturgemäß klein ist, muß die höhere Schule ihren Abschluß in sich selbst suchen.

3. Soweit die bloße Bedeckung der Kräfte in den Forderungen der „Richtlinien“ auf Kosten der Zielfrage übersteigert ist, ist zu überlegen, wie diesem Zustand abzuhelfen ist. Für solches Bemühen kommen freilich nur die in Frage, die um die Durchführung der Richtlinien eifrig geringen haben. Denn es gilt nicht: hinter die Richtlinien zurückzugehen, sondern durch sie hindurchzu stoßen.

Die Not der Jugend und die evangelische Erziehung.

Ueber dieses Thema sprach Studienrat Schäfer in einer Versammlung des evangelischen Elternbundes für die höheren Schulen in Bielefeld. Da der Vortragende als Lehrer der alten Sprachen und der Geschichte am Bielefelder Gymnasium wirkt, bezieht sich seine Darstellung im wesentlichen auf Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren. Wenn in dem entworfenen Bilde die Schattenseiten besonders betont sind, so ergibt sich das aus der Fassung des Themas, bedeutet also nicht, daß der Redner die wertvollen Ansätze in der heutigen Jugendentwicklung übersehen.

Die in Frage kommende Entwicklungsstufe ist im Gegensatz zum Kindesalter durch das erwachende Selbstbewußtsein und die daraus sich ergebende Kampfstellung gegenüber allen Autoritäten ausgezeichnet, welche Einstellung durch die verlängerte Schulzeit noch ausgedehnt und vertieft wird. Andererseits ist heute der Schüler viel stärker ins Leben gestellt; Schule und Haus sind nicht mehr die einzigen formenden Kräfte, sondern neben ihnen stehen Theater, Kino, Presse, Rundfunk und Volksversammlung. Erkenntnis theoretischer Fragen und weltanschauliche Probleme spielen im Leben des heutigen Jugendlichen kaum eine Rolle, dagegen besitzt er einen lebenswarmen Wirklichkeitsinn, der in der regen Anteilnahme an Sport, Technik und Politik zum Ausdruck kommt. Die Einstellung auf die Technik trübt häufig den Blick für das Balten in der Natur, führt aber bisweilen auch zu einem Abnehmen von der Dämonie der Technik. Dies Wissen um die Herrschaft der Maschine bewirkt leicht eine Minderung der Arbeitsfreude, da man im Menschen nur noch Objekt sieht. Der Kernpunkt der Not ist aber die Berufsfrage, bei deren Entscheidung der Jugendliche nicht mehr Herr ist, sondern durch die Verhältnisse bestimmt wird. Aus der Verwurzelung dieser persönlichen Not in der Not der Gesamtheit erwächst das Gefühl der Volksverbundenheit, das in einer lebendigen Anteilnahme an der Politik zum Ausdruck kommt. Da

die Lage, in der die heutige Jugend aufwächst, so gänzlich verschieden ist von derjenigen, in der die Erziehergeneration sich entwickelt hat, so nützt dieser das Zurückgreifen auf das Erinnerungsbild der eigenen Jugend wenig. Es besteht also die Gefahr, daß der Erzieher die besondere Lage des Jugendlichen verkennt. Eine andere Gefahr entsteht in der Jugend selbst, nämlich die vorwiegend innerweltliche Bestimmtheit. Leibeskultur, Rasse usw. werden leicht zu Götzen und es entwickelt sich daraus eine Religion der Diesseitigkeit. Selten hat es eine Jugend gegeben, die so aufgeschlossen ist wie die heutige, und die sich so nach dem großen Helfer sehnte. Es besteht die merkwürdige Tatsache, daß die Jugend selbst nach Autorität verlangt. Hüthen wir uns, der Jugend nur Probleme vorzusetzen, sie verlangt von uns Entscheidungen.

Angesichts der geschilderten Lage erhebt sich die Frage: Wie müssen wir evangelischen Erzieher uns verhalten, um den Gefahren zu begegnen? Antwort auf diese Frage gibt uns nicht das Gewissen, das bei den einzelnen Menschen so verschieden ist, sondern nur das Wort Gottes. Der evangelische Erzieher muß ein mutiger Bekenner sein, der sich mit dem Jugendlichen zusammen unter das Urteil des Wortes stellt. Doch ist das Wort Gottes nicht einfach als „Dienstsanweisung“ anzusehen, sondern der Erzieher muß es lernen, auf die Stunde zu hören, dann aber der empfangenen Weisung gemäß alle Kräfte einsetzen, nicht zuletzt das Gebet. Wert und Weite der erzieherischen Arbeit sind eng begrenzt, Phil. 1, 6 ist der Kern aller evangelischen Erziehungsregeln.

Der Unterrichtsstoff ist nur Mittel zum Zweck, er dient in erster Linie der Erziehung zu wissenschaftlichem Denken und zur verantwortlichen Erfassung der Wirklichkeit. Das erfordert eine sachliche Unterweisung, die schon in der Stoffauswahl zum Ausdruck kommt. Diese Grundsätze veranschaulichte der Vortragende an seinen Fachgebieten, Latein und Geschichte. So soll z. B. auch an einer evangelischen Schule Tacitus gegenüber den christlichen Lateinschriftstellern des Mittelalters den Vorrang haben. Der Geschichtsunterricht soll nicht einer Doktrin folgen, sondern alles so darstellen, wie es gewesen

ist. Er soll das politische Urteil schulen, der Jugendliche soll es lernen, den Gegner ruhig anzuhören. Ziel des Geschichtsunterrichtes ist es, den Sinn zu wecken für die Bedeutung eines kraftvoll geleiteten Staatslebens.

Der Vortragende schloß mit dem Wunsch, daß Schule und Elternhaus zusammenwirken möchten, da nur so Erziehungserfolge zu erreichen seien. Dieß.

Zum Notschrei eines Postkassiers.

Wer ihn gehört hat, wird ihn nicht vergessen haben (in Nr. 162). Die spätere Entgegnung in Nr. 181 hat ihn nicht entkräftet. Der Hauptpunkt dabei waren die vier Kinder. Wo werden bei uns die Kinder gehörend berücksichtigt? Junge Leute, die noch keine oder ganz kleine Kinder haben, Leute mit 1 oder 2 Kindern, ältere Leute, deren Kinder aus dem größten heraus sind, kinderlose Leute — die können alle miteinander noch einigermaßen durchkommen. Aber die mittelalterlichen Menschen, von den älteren Verantwortlichen jüngeren Kräften gegenüber vielfach zurückgesetzt, diese mittelalterlichen Menschen mit 3, 4 oder mehr Kindern im Ausbildungsalter — wer nimmt sich derer tatkräftig an? Wie soll ein unverheirateter Mann wie Brüning für sie Verständnis aufbringen? Oder die anderen leitenden, meist schon in höherem Alter befindlichen hochbefähigten Leute in den mancherlei Behörden, unter denen gar viele unverheiratet oder kinderlos sind? Wer heute Kinder zu versorgen hat, den kann wirklich manchmal die Verzweiflung packen, zumal wenn man die Kinder mit den Kindern, oft Einzelkindern, Höchstbefähigten in Schule und Berkehr zusammenleben lassen muß.

Wie Brüning nicht Mut und Kraft gehabt hat, die Höchstbefähigten unerbittlich anzufassen, die Kapitalflucht rechtzeitig zu stoppen, die beste Allheilkur, die Arbeitsdienstpflicht rechtzeitig und entschlossen in die Hand zu nehmen, so hat er auch kein Verständnis gezeigt für die im mittleren Alter befindlichen Kinderreichen, auf denen doch vor allem die Not der Zeit und zugleich die Zukunft der Nation liegt.

Er. Fr. Sch. b. 2.

Ministerpräsident
ungen mit dem
olgende Kabin
äsident des
Snowden, Se
ußenminister
hoare, Domini
neville Cham
Cham
Folgende
ber nicht den
ee, Erster De
verlain, Se
Unterrichtsmin
Besterion, Er
Londonderry,
Collian.
Von den
zung gehören
tiven und zwe
ien, daß die
ihrer Fraktion
der Nachkriegs
dadurch, daß
ist. Ein wei
daß alle sogen
genommen den
binett eingese
alität, Schot
find alle ausg
entschlossen ist

zur Pflicht zu
Bemerkung
Austen Cham
die Regierung
Der Aufst
Lord Rea
sch, 1860 al
ließ er sich n
verbrach
tam so in Ju
Indien. Als
schien er als
ersten Besuch
bemerkte: „A
mich hier nie
eingefallen, z
Ich erinnere
meiner Antu
bedeutet Tisch
berichtet.“ U
ingwischen ein
lands gewor
Reading, der
einer Entspan
getragen.

Einige Lord
der Deut

Freitag
— Condo
Arbeiterpart

Statt C
„inte

Die Zen
lichen Verei
men. Außer
alle Mitglied
Reichsfanzler
die allgemei

Brüning auf

— Stutt
Reichshandl
ten parlamen
Stuttgart, d
ter, mit her
Berlin eröff
sidenten An
lichen Deme
abend teilge
gendes aus:

In der
möchte ich b
der Zentrum
sondern auch
ihre hatte
nur gesunde
auf interna
dieser Zeit
Zeit aufmei
Lage als sel
lich, weil di
immer größ
tion und St
ten Mechan
sehr schwer
durch der
alle Chance
Lage, den f

Kabinett Macdonald gebildet.

Aus Mitgliedern aller Parteien. — Lord Reading Außenminister.

— London, 26. August.

Ministerpräsident Macdonald beendete seine Verhandlungen mit den Parteiführern und unterbreitete dem König folgende Kabinettsliste: Premierminister Macdonald, Lordpräsident des Geheimen Rates Baldwin, Schatzkanzler Snowden, Innenminister Samuel, Lordkanzler Sankey, Außenminister Lord Reading, Staatssekretär für Indien Hoare, Dominien und Kolonien Thomas, Gesundheitswesen Neville Chamberlain, Handelsminister Cunliffe Elster.

Chamberlain Lord der Admiralität.

Folgende Persönlichkeiten gehören dem Ministerium, aber nicht dem Kabinett an: Luftfahrtminister Lord Amulree, Erster Lord der Admiralität Sir Austen Chamberlain, Sekretär für Schottland Sir Archibald Sinclair, Unterrichtsminister Sir Maclean, Arbeitsminister Sir Henry Beckett, Erster Kommissar für öffentliche Arbeiten Lord Londonderry, Kanzler des Herzogtums von Lancaster Lord Colclahan.

Von den zehn Mitgliedern der Konzentrationsregierung gehören vier der Arbeiterpartei, vier den Konservativen und zwei den Liberalen an. Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Minister der Arbeiterpartei nur einen Teil ihrer Fraktion hinter sich haben. Von den Ministern der Arbeiterpartei unterscheidet sich die neue Regierung dadurch, daß sie nach der Zahl ihrer Mitglieder die kleinste ist. Ein weiteres Merkmal des neuen Kabinetts ist, daß alle sogenannten „Ausgabenministerien“, ausgenommen das Wohlfahrtsministerium, nicht in das Kabinett eingeschlossen worden sind. Krieg, Luftfahrt, Admiralität, Schottland, Unterricht, Landwirtschaft und Arbeit sind alle ausgeschlossen. Dies zeigt, daß das neue Kabinett entschlossen ist, diesen Ministerien

Strenge Sparpolitik

zur Pflicht zu machen.

Bemerkenswert ist schließlich noch die Rückkehr Sir Austen Chamberlains als Erster Lord der Admiralität in die Regierung.

Der Außenminister der neuen Regierung Macdonald, Lord Reading, hat eine sehr bewegte Jugend hinter sich. 1860 als Sohn eines Londoner Kaufmanns geboren, ließ er sich nach seiner in London, Brüssel und Hannover verbrachten Schulzeit als Schiffsjunge anwerben und kam so in jungen Jahren um die ganze Welt und nach Indien. Als er 30 Jahre später wieder dorthin kam, erschien er als Vizekönig und erinnerte sich auch seines ersten Besuchs mit Humor, indem er in seiner Antrittsrede bemerkte: „Als ich zum erstenmal nach Indien kam, hat mich hier niemand erwartet, es wäre freilich auch niemand eingetroffen, zu meiner Ehre ein Bankett zu veranstalten. Ich erinnere mich noch heute daran, daß ich am Tage meiner Ankunft besonders hungrig gewesen und ein gebackener Lachs mir damals eine besondere Freude bereitet.“ Aus dem Schiffsjungen von einst war nämlich inzwischen einer der ersten Juristen und Diplomaten Englands geworden. Als Vizekönig von Indien hat Lord Reading, der der liberalen Partei angehört, erheblich zu einer Entspannung des englisch-indischen Verhältnisses beigetragen.

Einige Jahre nach seiner Rückkehr aus Indien übernahm Lord Reading den Vorsitz der englischen Gruppe der Deutsch-Englischen Gesellschaft.

Freitag Führer-Neuwahl in der Arbeiterpartei.

— London, 26. August. Die Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei hat zum Freitag eine Versammlung ein-

berufen, in der Macdonald vermutlich die Parteileitung niederlegen wird und der Nachfolger zu wählen ist.

Arbeiterpartei gegen Macdonald

Scharfe Kampfansage des „Daily Herald“. — Hat die amerikanische Finanzbedingungen gestellt?

— London, 26. August.

Der „Daily Herald“, das Zentralorgan der englischen Arbeiterpartei, der sofort nach dem Rücktritt Macdonalds in die Opposition eingetreten ist, eröffnet jetzt den Kampf gegen die neue Regierung. Das Blatt veröffentlicht auf seiner ersten Seite in großer Aufmachung eine Meldung und behauptet darin, amerikanische Bankiers hätten bei der politischen Krise Englands eine Rolle gespielt. Die Bundesreservebank in New York habe der zurückgetretenen Regierung mitgeteilt, sie sei nur dann bereit, der Bank von England weitere große Kredite zu gewähren, wenn erhebliche Abstriche an der Arbeitslosenunterstützung vorgenommen würden. Dieses „New Yorker Ultimatum“ habe wesentlich dazu beigetragen, das Kabinett in der Frage der 10prozentigen Verminderung der Arbeitslosenunterstützung zu entzweien, und die Luft sei noch erweitert worden durch das Drängen der Bank von England, die auf der Notwendigkeit der Kredite sogar unter den genannten Bedingungen beharrt hätte. Hinter der Forderung der amerikanischen Bankiers stehe die Befürchtung, wegen der in den Vereinigten Staaten zunehmenden Forderung nach Einführung eines ähnlichen Arbeitslosenversicherungssystems.

Auf Grund dieser Darstellung meint „Daily Herald“, dann, es sei keine Vaterlandsliebe, das Diktat nicht einmal einer britischen Bank, sondern der internationalen Finanz anzunehmen. Dieser dem englischen Ansehen verleihe Schlag sei nur mit den Bedingungen des Versailler Vertrages vergleichbar.

Die Veröffentlichung dieser Meldung läßt Rückschlüsse zu auf die Schärfe, mit der die Mehrheit der Arbeiterpartei den von Macdonald und Snowden geführten Flügel bekämpfen will. Es scheint, als wenn die radikalen Führer von Tag zu Tag mehr in den Vordergrund treten. So hält man es jetzt auch für sicher, daß Macdonald und Snowden wie überhaupt alle Arbeiterparteiliche, die im neuen Kabinett mitarbeiten oder diese Politik stützen, von der Mehrheit aus der Partei ausgeschlossen werden.

Eine Erklärung Baldwin's.

Stanley Baldwin, der Führer der Konservativen, veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Die Krise, der wir gegenübersitzen, erfordert schnelle Maßnahmen. Eine Parlamentsauflösung aber mit darauf folgenden Neuwahlen würde im jetzigen Stadium eine Katastrophe sein. Die Konservativen beteiligen sich an der nationalen Regierung nur zu dem ausdrücklichen Zweck, das Budget ins Gleichgewicht zu bringen und das Vertrauen zum britischen Kredit wiederherzustellen. Es ist keine Rede von einer dauernden Koalition. Wenn die nationale Regierung ihre Aufgabe erledigt hat, wird, wie verlautet, das Parlament aufgelöst werden, sobald die Umstände es gestatten. Dann wird es jeder Partei freistehen, der Wählerschaft ihre Politik zu unterbreiten. Somit wird keine Partei aufgefordert, einen der Grundsätze preiszugeben, an die sie glauben.

Die bürgerlichen Zeitungen Englands äußern sich sehr anerkennend über die Politik Macdonalds und schreiben, Macdonald habe wie ein echter Patriot und Vaterlandsfreund gehandelt. „Times“ betont dabei, es verdiene Anerkennung, daß Macdonald und Snowden bereit seien, ihre politische Laufbahn zum Opfer zu bringen, wenn sie dadurch das Land vor einer Katastrophe bewahren könnten. Verschiedentlich ist auch davon die Rede, daß der König in der letzten Krise eine sehr aktive Rolle gespielt habe.

Wochen in seiner vollen Bedeutung zu erfassen, aber trotzdem hat sie keinen Augenblick die Nerven und das Vertrauen in die Führung verloren. Das wird trotz aller Geze des Tages die Geschichte als eine der großartigsten Leistungen der deutschen Politik anerkennen. Die Regierung ist sich bei all ihren Maßnahmen darüber klar gewesen, daß, wenn nicht das Vertrauen und die Disziplin des deutschen Volkes vorhanden gewesen wären, ihren Anordnungen kein Erfolg beschieden gewesen wäre. Es war der größte Erfolg im Ausland, daß es an dem Tage, wo die Banken und Sparkassen geschlossen werden mußten, in Deutschland zu keinen größeren Ausschreitungen und Tumulten gekommen ist. Die Ausländer mußten feststellen, daß das deutsche Volk noch nie so ruhig gewesen ist wie in diesem Augenblick seiner höchsten Not. Wenn die Botschaft des Präsidenten Hoover sich auch bisher noch nicht voll auswirken konnte, so hat sie doch die Grundlage gelegt für eine dauernde Besserung. Viele internationale Besprechungen müssen noch stattfinden, wenn die Völker der Welt die Weltwirtschaftskrise überwinden wollen. Wir kennen die Grenzen unserer Möglichkeiten und wir sind uns klar, daß wir aus eigener Kraft nicht in der Lage sind, uns zu helfen. Trotzdem müssen wir aber versuchen, das deutsche Volk durch die nächsten Monate und ihre Not aus eigener Kraft hindurchzubringen. Wir sind der festen Überzeugung, daß, wenn das deutsche Volk diese Probe durchhält, wie es auch die letzten Monate überstanden hat, es gelingen wird, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Sozialleben wieder gesund zu lassen.

Shipstead über die Folgen von Versailles.

— New York, 26. August

Senator Shipstead, der soeben von einer Reise durch das nordwestliche Europa und durch Deutschland zurückgekehrt ist, erklärte hier, die Vereinigten Staaten sollten täglich stolzer darauf sein, daß sie den Vertrag von Versailles nicht mitunterzeichnet hätten. Denn die Lage, in der sich die Welt heute befinde, sei zum großen Teil durch die Bedingungen dieses Vertrages herbeigeführt worden.

Also doch!

Frankreich gibt amtlich den Zusammenhang zwischen den russisch-französischen und polnisch-russischen Verhandlungen zu.

— Paris, 25. August. Von amtlicher französischer Seite wird folgende Verlautbarung ausgegeben:

„Gewisse Zeitungen haben kürzlich eine Information veröffentlicht, der zufolge keine Verhandlungen zwischen Polen und Sowjetrußland hinsichtlich des etwaigen Abschlusses eines Nichtangriffspaktes stattgefunden hätten. Wir sind in der Lage, mitzuteilen, daß diese Nachricht unzutreffend ist. Im Oktober 1930 ist an Polen, wie der französischen Regierung mitgeteilt wurde, ein sowjetischer Vorschlag auf Abschluß eines Nichtangriffspaktes gerichtet worden. Im Laufe des Monats Dezember hat die polnische Regierung mitgeteilt, daß sie im Prinzip bereit sei, die Anregung der Moskauer Regierung im günstigen Sinne zu prüfen, und am 12. Februar 1931 hat der polnische Außenminister Jakschi im gleichen Sinne vor dem Außenausschuß des polnischen Senats eine Erklärung abgegeben. Erst auf Grund der Tatsache, daß diesbezügliche Verhandlungen seit Monaten zwischen Moskau und Warschau eingeleitet worden sind, hat sich die französische Regierung, indem sie den internationalen Verbindlichkeiten und Verpflichtungen, die sich aus ihrer Beteiligung am Völkerbund ergeben, Rechnung trug, im vergangenen April bereit erklärt, einen Vorschlag derselben Art zu prüfen, der ihr zu wiederholten Malen von der Sowjetregierung unterbreitet worden ist und der sich außerdem auf Verhandlungen zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts bezieht. Die letzten Informationen, die aus Warschau hier eingetroffen sind, besagen, daß die Besprechungen zwischen Polen und Sowjetrußland über den Abschluß eines Abkommens zur Zeit vertagt sind, daß sie aber in allernächster Zeit in Moskau wieder aufgenommen werden sollen.“

Um die Gehälter der Volksschullehrer.

Ein Schreiben des Preussischen Lehrervereins.

— Berlin, 26. Aug. Vom Preussischen Lehrerverein wird mitgeteilt:

Wie am Dienstag von einigen Berliner Blättern berichtet wurde, sollen zurzeit im preussischen Staatsministerium Pläne erwogen werden, die auf eine Herabsetzung der Volksschullehrergehälter hinauslaufen. Wenn man auch nach unseren Erkundigungen im Laufe des Dienstag von den ursprünglichen Plänen wieder abgekommen ist, so gibt es doch immer einflußreiche Leute, denen die Gehälter der Volksschullehrer zu hoch sind. Man geht dabei offenbar davon aus, daß die Volksschullehrer im Jahre 1920 erheblich stärker als die übrigen Beamten aufgebessert worden seien. Dabei wird aber übersehen, daß die gewiß erhebliche Aufbesserung damals fast lediglich den Landlehrern zugute gekommen ist, die bis dahin in gehaltlicher Beziehung geradezu sträflich vernachlässigt worden waren. Die Lehrer in den großen Städten haben im Jahre 1920 kaum eine Erhöhung ihrer Bezüge erfahren und bei der letzten Befoldungsreform im Jahre 1927 sind die Lehrer lediglich im Rahmen der übrigen Beamtenbefoldung aufgebessert worden. An der 1920 nach langen Kämpfen erfolgten Gleichstellung der Lehrer in Stadt und Land muß aber unbedingt festgehalten werden. Wir glauben zu wissen, daß der preussische Unterrichtsminister einem Plan, der sich ausschließlich gegen die Lehrer richtet, den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und an seiner Durchführung auf keinen Fall mitwirken würde. Wir hoffen, daß auch alle die Kreise, die die Bedeutung der Schule für den Staat zu würdigen wissen, gegen einen solchen Plan schärfsten Einspruch erheben werden.

Wiederöffnung der Börse.

Am 3. September.

Die Entscheidung über die Wiedereröffnung der seit dem 13. Juli geschlossenen Börsen ist gefallen. Die Berliner Wertpapierbörse wird am 3. September für den Verkehr in Wertpapieren, in- und ausländischen Wechseln und ausländischen Zahlungsmitteln wieder geöffnet. Der Terminkontrakt und ein Handel mit fortlaufenden Notierungen findet nicht statt. Für jedes Papier wird also nur ein Kurs täglich festgesetzt. Der Handel zu anderen als den festgestellten Kursen, sowie das Ausrufen abweichender Kurse in den Börsenräumen sind bis auf weiteres verboten. An den Sonnabenden des Monats September bleibt die Börse geschlossen.

Des ferneren wurde beschlossen, durch eine Anweisung an die Notierungskommission des Börsenvorstandes gegen die Feststellung unsachgemäßer Kurse Vorbeuge zu treffen. Nach dieser Anweisung wird in den Fällen, in denen der festzustellende Kurs von dem letztnotierten Kurs derart abweicht, daß der Kursunterschied unter Berücksichtigung des gesamten Kursniveaus in der allgemeinen Marktlage keine Begründung findet, die Notiz gestrichen werden. In Fällen, in denen sich Angebot und Nachfrage nicht decken, soll repariert werden; wird die Repartierungsquote zu klein, so wird auch hier die Notiz gestrichen werden.

Die übrigen deutschen Börsen dürften sich diesem Vorgehen anschließen.

Offiziersmord aufgefklärt.

— Berlin, 26. August.

Die Ermordung der zwei Polizeioffiziere am Bülow-Platz ist, wie die Polizei mitteilt, reiflos geklärt. Von den in dieser Angelegenheit Verhafteten sieht bei fünfzehn zweifellos fest, daß sie am Bülowplatz geschossen haben.

Statt Selbsthilfe

„internationale Maßnahmen“.

— Stuttgart, 26. August

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat im katholischen Vereinshaus St. Vinzenz zu einer Tagung zusammen. Außer dem Reichskanzler Dr. Brüning, wohnten fast alle Mitglieder der Reichstagsfraktion der Tagung bei. Der Reichskanzler selbst behandelte in einem längeren Vortrag die allgemeine politische Lage.

Brüning auf dem parlamentarischen Abend der Zentrumsfraktion.

— Stuttgart, 25. August. Bei dem zu Ehren des Reichskanzlers und der Reichstagsfraktion veranstalteten parlamentarischen Abend der Zentrumsfraktion Groß-Stuttgart, den der Vorsitzende, Oberbürgermeister Walter, mit herzlichen Begrüßungsworten für die Gäste aus Berlin eröffnete, ergriff nach Begrüßungsworten des Präsidenten Andre Reichskanzler Brüning, der nach anfänglichen Dementis nun doch an dem Stuttgarter Zentrumsabend teilgenommen hat, das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

In der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich betonen, welchen Wert die heutige Aussprache der Zentrumsfraktion nicht nur für uns in Deutschland, sondern auch für die Klärung der internationalen Atmosphäre hatte. Wir haben die Überzeugung, daß die Welt nur gefunden kann, wenn eine Reihe von Maßnahmen auf internationaler Basis in diesem Augenblick und in dieser Zeit der größten Wirtschaftsnot, die die moderne Zeit aufweist, ergriffen werden. Unsere gegenwärtige Lage als sehr schwer einzuschätzen, ist durchaus verständlich, weil die Not und die Lasten schon seit längerer Zeit immer größer werden. Wir haben durch Krieg, Inflation und Stabilisierungsercheinung einen so komplizierten Mechanismus in unserm öffentlichen Leben, daß es sehr schwierig ist, diese Dinge zu verfolgen, so daß dadurch der gedanklenleere, phrasenreiche Radikalismus alle Chancen hatte. Die Wählerschaft war nicht in der Lage, den schnellen Gang der Gesetzgebung in den letzten

Siedlung am Wendepunkt.

Gefahr für den Osten. — 10 000 arbeitslose Landarbeiter wollen siedeln. — Aber die Gesteungskosten sind zu hoch.

Die deutsche Ostsiedlung steht an einem Wendepunkt! Bisher war es das Bestreben der mit der Siedlung betrauten Stellen, den Siedler auf dem fertigen Hofe anzuliegen und ihn mit entsprechenden Vorräten bis zur neuen Ernte auszustatten. So notwendig die Siedlung an sich ist, so können wir es uns angesichts der Finanznot doch nicht mehr leisten, in der bisherigen Weise weiterzujubeln. Um einen möglichst großen Siedlungseffekt zu erzielen, ist eine erhebliche Senkung der Gesteungskosten der Siedlung notwendig. Diese Senkung kann, nachdem die Preise der Baumaterialien bereits gesenkt worden sind, nur durch Einsparung von Arbeitslöhnen und primitivere Siedlungsformen erzielt werden. Es ist daher geplant, vom kommenden Frühjahr ab den Siedler bereits beim Bau seiner Stelle zu beschäftigen und ihn unter fachkundiger Leitung einen Teil der Arbeiten selbst ausführen zu lassen. Ferner soll die Zwischenwirtschaft des Siedlungsgutes, die bisher von der Siedlungsgesellschaft betrieben wurde und nicht immer ganz billig war, künftig ebenfalls von den landwirtschaftlich geschulten Siedlern unter Leitung eines Inspektors besorgt werden. Die Siedler erhalten bis zur festen Anlegung einen vorher festgesetzten Einheitslohn, der jedoch nur zu einem Teile zur Auszahlung gelangt, während der Rest kapitalisiert und für den Kaufpreis der Siedlerstelle gutgeschrieben wird. Dadurch wird das vom Siedler benötigte Barcapital ermäßigt, die Kosten der Siedlung werden erheblich niedriger. Auf diese Weise wird Siedlungsinteressenten, die über 2000 Mark verfügen, bereits die Anlegung auf einer Halbbauernstelle ermöglicht. Diese neue Siedlungsform wird sich ferner dahin auswirken, daß Siedler, die ursprünglich ein kleineres Objekt nehmen wollten, jetzt in der Lage sind, sich eine Halb- oder Vollbauernstelle zu sichern.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Verbilligung der Siedlung für die in aller nächster Zeit notwendig werdende Ansiedlung von 10 000 ostdeutschen Landarbeitern, die in diesem Herbst zur Entlassung kommen dürften. Da man befürchtet, daß ein Teil der ostdeutschen Großbetriebe nach Prüfung durch die Osthilfestellen als nicht sanierungsfähig zur Auflösung kommen. Auf keinen Fall dürfen diese mit dem Osten verwachsenen, landwirtschaftlich ausgezeichnet geschulten Kräften im städtischen Proletariat untergehen! Gerade diese ostdeutschen Landarbeiter sind die zur Siedlung geeigneten Kräfte. Sie verfügen jedoch fast ausnahmslos über keinerlei Mittel, so daß ihre Ansiedlung durch die Siedlungsgesellschaften nicht in Frage kommen kann. Es ist daher dringend notwendig, daß der Staat eingreift und die Mittel für Ansiedlung dieser Landarbeiter zinslos zur Verfügung stellt. Da fast jeder Landarbeiter über etwas Vieh und einiges totes Inventar verfügt, dürfte pro Arbeiter eine Summe von 1000 Mark voll ausreichen, um den Arbeiter anzuliegen. Bei Anlegung auf Arbeiterstellen genügt schon eine Summe von 500 Mark pro Arbeiter, doch ist die Anlegung von 10 000 Arbeitern auf Arbeiterstellen unmöglich, weil die Gelegenheit zur Nebearbeit bei der herrschenden Arbeitslosigkeit für soviel Arbeiter nicht vorhanden ist.

Wie steht es nun mit der Ansiedlung von Industriearbeitern im Osten? Hier ergibt sich zunächst, daß schon die Zahl der geeigneten Siedlungsbewerber aus dem Osten allein größer ist, als das Angebot von Siedlungsteilen. Mangel an Siedlern herrscht also nicht! Wenn man daher heute bestrebt ist, die zu Dauerarbeitslosen gewordenen Industriearbeiter Westdeutschlands, die oft genug in der Vorkriegszeit aus der ostdeutschen Landwirtschaft abgewandert sind, wieder der Landwirtschaft im Osten zuzuführen, so tut man das zur Entlastung der kommunalen Wohlfahrt. Bereits vor acht Jahren hat man in der Grenzmark Versuche mit der Ansiedlung von Ruhrwanderern gemacht, die allerdings kläglich gescheitert sind, weil diese Arbeiter sich nicht mehr in ländliche Verhältnisse zurückfinden konnten und schließlich ihre Siedlerstellen im Stich ließen. Sie taten das, weil sie einen wirtschaftlichen Verlust nicht zu befürchten hatten, denn die Kosten der Ansiedlung hatte die öffentliche Hand getragen. Schuld an dem Mißerfolg war aber auch die mangelnde Auswahl der Arbeiter. Heute wird man andere Wege gehen. Unerlässliche Voraussetzung für die Anlegung als Siedler ist ein bestimmtes eigenes Kapital, da nur dann der Siedler Interesse an seiner Stelle hat, wenn sein Kapital darin investiert ist. Wie ist dieses Kapital zu beschaffen? Die westdeutschen Provinzialverwaltungen haben Bestimmungen in der Richtung erlassen, daß Erwerbslosen, die über Haus- und Grundbesitz in Westdeutschland verfügen, dieser Grundbesitz zu annehmbarem Preis abgenommen und das Geld der Siedlungsgesellschaft als Anzahlung überwiesen wird, wenn die Erwerbslosen siedeln wollen. Ebenso werden auch billige Hypotheken zu gleichem Zweck bewilligt. Möglich wäre ferner, den Siedlungsbewerbern aus den Kreisen der Rentner durch Kapitalisierung eines Teiles ihrer Rente zu einer Siedlerstelle zu verhelfen.

Wie hoch sind nun die notwendigen Anzahlungen? Es wären zu zahlen für eine Stelle von 10 Morgen etwa 1200

Mark, für 20 Morgen 1700 Mark, für 30 Morgen 2000 Mark, für 40 Morgen 2400 Mark, für 50 Morgen 2600 bis 2700 Mark, für 60 Morgen etwa 3000 Mark. Dazu kommen dann noch die Mittel für die Inventarbeschaffung und die Beschaffung von Vieh in Höhe von 500 bis 2000 Mark, die vielfach als billiger Einrichtungskredit herausgegeben werden. Es zeigt sich also, daß die Siedlung heute bereits so verbilligt ist, daß mit einer weiter verstärkten Ansiedlung zu rechnen ist. Wenn allerdings die Kreditnot in Deutschland bis zum Frühjahr nicht behoben ist, wird aus allen schönen Plänen und guten Absichten nichts werden, da dann die Mittel für Wohnung der Arbeiter und die Beschaffung von Baumaterial nicht zur Verfügung stehen und selbst die Durchführung der Osthilfe in Frage gestellt wird.

Alfred Kädina.

Tagung deutscher Volksgruppen.

Unter Teilnahme von 7 Vertretern aus sämtlichen deutschen Siedlungsgebieten in Europa.

— Dresden, 26. August

Der Verband deutscher Volksgruppen versammelte sich in Bad Schandau zu seiner 8. Jahrestagung. Erschienen waren etwa 70 Vertreter aus sämtlichen europäischen Siedlungsgebieten des Deutschstums.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte der Vorsitzende Abg. Graebe aus Polen, das Auslandsdeutschstum bilde mit Bewunderung auf die Festigkeit und Ruhe, mit der das deutsche Volk im Reich der schweren Krisis entgegengetreten sei. Dem Verband habe das verfloßene Jahr schwere Verluste gebracht. Als zweiter Redner begrüßte der Bürgermeister von Bad Schandau, Dr. Ritter, die Gäste. Die Deutschen im Reich fühlten die Not der Auslandsdeutschen, als ob es ihre eigene Not wäre. Sodann würdigte der Vertreter des Deutschstums in Lettland, Dr. P. Schiemann, in einer warmen Gedenkrede die Verdienste des verstorbenen Rechtsberaters des Verbandes, Dr. Bruns.

Neue Zivilprozeßordnung.

Ein Entwurf des Reichsjustizministeriums.

Das Reichsjustizministerium legt den Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung vor. Als Hauptziele der Neuordnung stellt der Entwurf folgende drei Punkte dar: Vereinfachung des Verfahrens, Vereinfachung und Rationalisierung der Prozeßeinrichtung, Durchprüfung sämtlicher bestehender Bestimmungen zwecks Vereinfachung von Unstimmigkeiten und Zweifelsfragen, vor allem zweckmäßige Umgestaltung von Vorschriften, die den Anforderungen und Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr entsprechen. Den gesetzgebenden Körperschaften wird der Entwurf vorerst nicht überreicht werden.

Sparverordnung unterzeichnet.

Ermächtigung der Länder zur Ausgabenkürzung im Wege der Notverordnung.

— Berlin, 26. August

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung hat Reichspräsident von Hindenburg in Dietmarszell folgende Notverordnung unterzeichnet:

„1. Die Landesregierungen sind ermächtigt, alle Maßnahmen, die zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) erforderlich sind, im Verordnungswege vorzuschreiben. Sie können dabei von dem bestehenden Landesrecht abweichen.
2. Die Landesregierungen können insbesondere bestimmen, daß und in welcher Weise die Personalausgaben und andere Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) herabgesetzt werden. Verpflichtungen aus Verträgen bleiben unberührt, soweit es sich nicht um Personalausgaben handelt.“

Gegengezeichnet haben der Reichskanzler und die Reichsminister Dr. Dietrich und Dr. Wirth.

Bojkott gegen deutsche Ware.

Von Kanton beschloßen. — Wegen Waffenbeförderung durch ein deutsches Schiff. — Eingreifen des Auswärtigen Amtes.

— Berlin, 26. August

Nach einer Reuter-Meldung aus Kanton, dem Zentrum der chinesischen Revolution, ist in einer Massenversammlung der Kuomintang der Beschluß gefaßt worden, deutsche Waren zu boykottieren. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein besonderer Ausschuß eingesetzt. Als unmittelbare Ursache dieser unfreundlichen Haltung Kantons gegen Deutschland wird die angebliche Sendung von Waffen und Munition im Werte von 32 Millionen Mark an Tschiangkai-fang angegeben, die kürzlich mit einem nach Schanghai bestimmten deutschen Dampfer erfolgt sein soll. Deutschland wird ferner beschuldigt, die Zentralregierung in Nanking durch Entsendung von über

100 militärischen Ratgebern zu unterstützen, die, wie in der Versammlung erklärt wurde, beauftragt seien, die Armee der Nanking-Regierung im Gebrauch von Giftgas im Kampfe gegen die Regierung von Kanton zu unterstützen.

Von zuständiger deutscher Stelle wird zu dieser Meldung erklärt, ein der Reederei Rickmers gehörendes deutsches Schiff habe

schwedische Gewehre und schwedische Militärflugzeuge nach China transportiert. Bestimmt gewesen sei diese Sendung für Kanton selbst! Nach vor der Ankunft des deutschen Schiffes habe aber die Zentralregierung in Nanking, also die Gegnerin Kantons, von der Waffenlieferung erfahren und die Reederei durch Drohungen veranlaßt, das Schiff nach Schanghai zu dirigieren, wo die Waffen dann von der Nankingregierung abgenommen worden seien.

Daraus ergibt sich also, daß das Vorgehen Kantons — da ja Kanton selbst den Waffentransport veranlaßt hat — denn auch sofort Protest erhoben und Kanton wissen lassen, daß Deutschland die Revolutionregierung für alle Folgen des Boykotts verantwortlich machen wird. Im übrigen ist man in den Kreisen der deutschen Regierung der Ansicht, daß die deutschen Reedereien möglichst auch keine Waffenlieferungen für ausländische Rechnung ausführen.

Was den deutsch-chinesischen Wirtschaftsverkehr betrifft, sind im letzten Jahr von Deutschland Waren im Werte von 185,1 Millionen Mark nach China ausgeführt worden. Der deutsche Warenbezug aus China belief sich auf 37,7 Millionen Mark.

Die Lage auf dem Kartoffelmarkt.

Besprechungen im Reichsernährungsministerium.

— Berlin, 26. August

Im Reichsernährungsministerium fand unter dem Vorsitz des Ministers Schiele eine Besprechung über die auf dem Kartoffelmarkt zu ergreifenden Maßnahmen statt, an der zahlreiche Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der kartoffelverarbeitenden Industrien teilnahmen. Abschließend stellte der Minister die Zustimmung der Gewerbe zu seinen Vorschlägen fest und kündigte interne Verhandlungen mit den einzelnen Gewerben an. Gedacht ist an eine Erhöhung des Spiritusabnahmeweges, erweiterte Verwendung der Floden in Verbindung mit den Gerstebezugsscheinen, Beschaffung neuer Wege im Abzug für Kartoffelfstärke und Bereitstellung ausreichender Finanzmittel zur Bergung der Ernte.

Verschiedenes.

Der kirchlich-soziale Kongreß verschoben. Der kirchlich-soziale Kongreß, der bekanntlich vom 12. bis 15. Oktober in Stuttgart stattfinden sollte, ist wegen des großen Ernstes der Zeit abgefragt worden. Vorläufig ist geplant, den Kongreß auf Ostern 1932 zu verschieben, falls es die Zeitverhältnisse gestatten.

Ein weiteres Schuljahr.

Es wird zur Zeit nicht mehr viel darüber geredet. Sollte doch wieder die Rede darauf kommen, dann einen anderen Vorschlag: Kein Kind sollte vor vollendetem 7. Lebensjahr in eine öffentliche Schule aufgenommen werden. Wer die Not der Lehrer mit den Kleinsten kennt, die jedenfalls in den Landschulen bei weiteren Entfernungen vielfach unausgeschlafen, ohne zureichendes Frühstück auf den Schulweg machen — Kindern und Lehrern würde das Leben, Lernen und Lehren wesentlich leichter, wenn die Kinder erst mit vollendetem 7. Jahre zur Schule kämen, und welche Vorteile für Haus und Schule und gesamtes Volksleben sich ergeben würden, leuchtet wohl ohne weiteres ein, als daß es im einzelnen ausgeführt werden braucht.

Er. Fr. Sch. b. L.

Bethel.

— Mittwoch, den 26. August, Frauenhilfe 3½ Uhr im Affapheum. L. v. B.

— Donnerstagabend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde

Jedermann ist herzlich eingeladen.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, davon Kenntnis zu nehmen, daß vom 31. 8. ds. Js. ab der Seitens- und Bromkeller wie folgt geöffnet ist: vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 2—6 Uhr und Sonntags von 8—1 Uhr.

Ophir,

vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: B. Krcz; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Huttel; Anzeigen: A. Diekmann; alle in Bethel.

Bethel bei Bielefeld.

Die staatl. anerkt. Haushaltungsschule

Edwards-Haus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta

bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Familien Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründliche hauswirtschaftliche Durchbildung ermöglicht Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildung, Lebensschulung sind Ziele der Schule. Aufn. im April und Oktober. Prospekt durch d. Zeitung d. Schule.

Kurhaus Monbachtal

(Christliches Erholungsheim) im Schwarzwald

wunderbar gelegen am Ausgang des wildromantischen Monbachtals zwischen Höhen und Wäldern, Wiesen und Wassern. Ozoneiche und staubfreie Luft. Herrliche Umgebung. Idealer Familienaufenthalt. Beste Verpflegung. Preise um 15%, ermäßigt 4,50—5,50 Mk. Das ganze Jahr geöffnet. Eigener Badeplatz an der Nagold. Eigene Autoverbindung mit Bad Liebenzell. 2 Min. entfernt vom Bahnhof Monbach-Neuhausen. Prospekte auf Wunsch.

Älteres Fräulein sucht

Stellung

in einer Anstaltsküche oder Privathaushalt. Angebote unt. A 1822 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Zurück!

Dr. Strathmann

Facharzt

für Haut- und Nervenleiden

Bielefeld, Herforder-Straße 2

Herzliche Bittel!

Kindertische Witwe (10 Kinder) sucht für ihren 16jähr. Sohn Arbeit gleich welcher Art, am liebsten da wo unter selbständiger Leitung eines Meisters oder Landwirts Gelegenheit ist, etwas Nützliches zu lernen.

Frau Ww. Gottfried Schulz, Dortmund-Marten, Dörflerstr. 16.

Vorzügl.

Erholungsanstellung

bietet das im Weserbergland gelegene Erholungsheim im Solling bei Dassel. Sehr schöne Höhenlage, inmitten herrlicher Laub- und Fichtenwälder. Licht, Luft und Sonnenbäder. Gelegenheit zur Stille unter dem Wort Gottes. Ermäßigte Preise. Prospekte kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Durch Kontrolle des vereinigten Gemeindefürsers Dr. Bodinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-

Blüten-

garant.

Dole 9 Bld. netto 10.40 RM, vorwiegend

Stiefelbienenbille 12.30 RM, halbe

Dole 5.30 RM und 6.30 RM, 1½ Bld.

netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus.

Blach. 30 Bld. mehr. Gar. Rücknahme.

Krieger, Borgein 2, Kr. Seel.

Dieser Sonntag ist auch in Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955



Für die Einmachzeit

empfehlen wir unsere bewährten

Aluminium-

Einmachkannen

Rußdem machen wir Sie auf unsere

Korbowaren und Liegestühle

aufmerksam.

Tiberias-Werkstätten der Anstalt Bethel